

Bosnien-Herzegowina

Gesamteinschätzung

Nach den zweistelligen Wachstumsraten der vergangenen Jahre ist die Wirtschaft Bosnien-Herzegowinas im Jahr 2000 auf einen moderateren Wachstumspfad eingeschwenkt. Das BIP hat real um nur noch 5% zugenommen. Zurückzuführen ist die Halbierung des Wirtschaftswachstums gegenüber dem Vorjahr zum einen auf den Einbruch der Agrarproduktion infolge ungünstiger Witterungsverhältnisse in der Region. Die industrielle Produktion hat dagegen in der bosnisch-kroatischen Föderation um 8,8% und in der Serbischen Republik (RS) um 5,6% zugenommen, allerdings mit im Jahresverlauf deutlich abnehmender Dynamik. Zum anderen bewirkt der rückläufige Zufluss von ausländischen Finanzhilfen eine Normalisierung der Wachstumsraten. Die von 90 Mio. USD (1999) auf 150 Mio. USD gestiegenen ausländischen Direktinvestitionen konnten den Rückgang der Finanzhilfen nicht ausgleichen. Für das laufende Jahr wird eine Erhöhung der Wachstumsrate auf rd. 8% erwartet. Ein Wachstum in dieser Größenordnung sollte auch in den folgenden Jahren zu realisieren sein, wenn die eingeleiteten strukturellen Reformen greifen.

Das Herzstück der Reformen bildet die Privatisierung, die nach jahrelanger Verzögerung nun in beiden Entitäten angelaufen ist. In der Föderation sollen bis Ende des laufenden Jahres 1029 mittlere und große Unternehmen durch den Verkauf oder die Abgabe von Aktien gegen Berechtigungsscheine in private Hände überführt werden. Zusätzlich werden 298 große Unternehmen per öffentliche Ausschreibung angeboten. Hier haben auch ausländische Investoren die Möglichkeit, einen strategischen Anteil zu erwerben. In der RS werden 818 mittlere und große Unternehmen per Voucher in privaten Besitz übergehen. Weitere 177 große Unternehmen werden auf dem Weg der öffentlichen Ausschreibung angeboten, mit dem Ziel, strategische Investoren zu gewinnen. In beiden Entitäten wird der Erfolg der Privatisierung davon abhängen, strategische Anleger zu attrahieren, da ansonsten alles auf eine reine Insider-Privatisierung hinausläuft.

Produktion und Verwendung des BIP

Das BIP hat nach vorläufigen Daten in Bosnien-Herzegowina im Jahr 2000 real um 5% zugenommen. Das Wachstum lag in der bosnisch-kroatischen Föderation etwas höher als in der Serbischen Republik (RS). Damit haben sich die Differenzen im BIP pro Kopf in beiden Entitäten wieder verstärkt, nachdem im Vorjahr noch eine konvergente Entwicklung zu beobachten war. 1999 war das BIP pro Einwohner in der Föderation bei 1195 USD, in der RS bei 823 USD. Es bestehen aber noch immer erhebliche Unsicherheiten über die Zahl der Einwohner. Die endgültigen Zahlen über die Entwicklung des Sozialprodukts werden vermutlich im Juli bekanntgegeben.

Die Wachstumsabschwächung ist zum einen auf die rückläufige Agrarproduktion zurückzuführen – die Landwirtschaft hatte unter einer lang anhaltenden Trockenheit in der gesamten Region zu leiden. Zum anderen hat der rückläufige Zufluss ausländischer Finanzhilfen zu einer Normalisierung der Wachstumsraten geführt. Die industrielle Produktion war auch im Jahr 2000 eine Stütze des Wachstums. Sie expandierte in der bosnisch-kroatischen Föderation um 8,8%. Die Erhöhung war hauptsächlich auf die Steigerung der Energiegewinnung zurückzuführen, die einen Anteil von 35,3% an der gesamten Industrieproduktion hat. In der RS konnte die industrielle Produktion um 5,6% gesteigert werden. Die höchsten Zuwächse berichteten hier die Branchen Nichtei-

senmetalle und Basischemie. Die Produktion von Rohstoffen konnte um 8,6% gesteigert werden, während die Konsumgüterproduktion einen Rückgang von 1,5% zu verzeichnen hatte – die Missernte in der Landwirtschaft hat sich auch auf die Nahrungsmittelindustrie ausgewirkt. Aus der Entwicklung der Industrie in beiden Entitäten ergibt sich eine Schätzung für das Wachstum der Industrieproduktion im Gesamtstaat von 7,7%.

Die ausländischen Direktinvestitionen haben von 90 Mio. USD auf 150 Mio. USD zugenommen. Das gute Ergebnis konnte den abnehmenden Zufluss von Finanzhilfen im laufenden Jahr freilich nicht kompensieren. 1999 sind noch rd. 750 Mio. USD an Finanzhilfen für den Wiederaufbau ins Land geflossen, während es 2000 nur noch etwa 600 Mio. waren. Der Zustrom ausländischen Kapitals hat es in den vergangenen Jahren ermöglicht, dass die inländische Verwendung des Sozialprodukts übertraf. 1999 lagen die Konsumausgaben bei 91% des BIP, die Investitionen erreichten 33% des BIP. Für 2000 liegen über die Verwendung des Sozialproduktes noch keine Angaben vor. Schätzungen gehen von Investitionen in Höhe von 32% des Sozialproduktes aus. Von 1996 bis 1998 wurden noch rd. 40% erreicht.

Im laufenden Jahr wird wieder mit einer zunehmenden Wachstumsdynamik gerechnet, wenn sich die Witterungsverhältnisse normalisieren. Ein Wirtschaftswachstum von rd. 8% erscheint sowohl in diesem wie im nächsten Jahr erreichbar.

Arbeitsmärkte, Soziale Lage

Im Jahresdurchschnitt 2000 standen im Gesamtstaat 640 Tsd. Beschäftigten 420 Tsd. registrierte Arbeitslose gegenüber. Die Arbeitslosenrate belief sich im Jahresdurchschnitt auf 39,6%. In der Föderation kamen auf 412 Tsd. Beschäftigte 266 Tsd. registrierte Arbeitslose, was eine Arbeitslosenrate von 39,2% ergibt. In der RS war das Verhältnis von Beschäftigten zu Arbeitslosen 228 Tsd. zu 154 Tsd., die Arbeitslosenrate lag bei 40,3%. Gegenüber dem Vorjahr ergaben sich in beiden Entitäten kaum Veränderungen bei der Arbeitslosenrate, doch sind in der Föderation sowohl die Beschäftigung als auch die Zahl der Arbeitslosen gestiegen. Die Jahresenddaten weisen sowohl in der Föderation als auch in der RS mit 39,4% bzw. 40,1% Arbeitslosigkeit kaum Abweichungen vom Jahresdurchschnitt aus. Es bleibt jedoch festzuhalten, dass die Erwerbsbeteiligung nach den offiziellen Arbeitsmarktzahlen von rd. einem Viertel der Bevölkerung keinesfalls die tatsächliche Situation im Lande realistisch beschreiben kann. Die niedrige offizielle Erwerbsbeteiligung lässt auf eine umfangreiche Schattenwirtschaft schließen. Zudem lebt ein Teil der Bevölkerung von der Subsistenzlandwirtschaft. Das Abwandern aus registrierter Arbeitslosigkeit wird gefördert durch die nur kurzzeitige Gewährung von Arbeitslosenhilfe, die als Hilfe bei der Arbeitssuche konzipiert ist.

Die durchschnittlichen monatlichen Bruttolöhne in Bosnien-Herzegowina beliefen sich im Jahresdurchschnitt auf 528 KM, die Nettolöhne auf 365 KM (eine KM entspricht einer DM). Die Unterschiede zwischen den Entitäten sind nach wie vor ausgeprägt, doch vermindert sich der Abstand zusehends. In der Föderation lagen die Bruttolöhne mit 606 KM 9% höher als im Vorjahr. Die Nettobezüge sind um 16% auf 413 KM gestiegen. Die Bruttolöhne in der RS lagen mit 386 KM noch mehr als 50% unter den Löhnen in der Föderation, doch die Lohnsteigerungen fielen mit 18% auch doppelt so hoch aus als in der Föderation. Die Nettobezüge lagen hier bei 277 KM, was eine Erhöhung von 22% bedeutet. Am Jahresende lagen die Nettolöhne in der Föderation mit 425 KM nur leicht über dem Jahresdurchschnitt von 413 KM. In der RS wurde am Jahresende mit 299 KM deutlich mehr bezahlt als im Jahresdurchschnitt, was die größere Lohndynamik im Jahresverlauf zum Ausdruck bringt. Die in beiden Entitäten bereits seit Jahren anhaltende Lohndynamik wird durch das Ausmaß der Arbeitslosigkeit nicht beeinträchtigt. Dies dürfte auf die bekannten Probleme der Arbeiterselbstverwaltung zurückzuführen sein, die den Inhabern eines Arbeitsplatzes relativ hohe Arbeitsplatzsicherheit bietet, während Outsider kaum Aussicht auf eine Stelle haben. Produktivitätsfortschritte werden in Lohnerhöhungen umgesetzt und nicht in zusätzliche Arbeitsplätze. Dieser Zusammenhang kann erst durch die Privatisierung durchbrochen werden, wenn damit auch die Insider-Dominanz beendet wird.

Im Vergleich zu den Löhnen lagen die Durchschnittsrenten am Jahresende auf äußerst niedrigem Niveau. Im Gesamtstaat kam der durchschnittliche Rentner auf 136 KM. In der Föderation waren es mit 171 KM zwar mehr als doppelt so viel wie in der RS mit 80 KM. Doch lagen die Renten bei nur 40% (Föderation) bzw. 27% (SR) der jeweiligen Nettolöhne. Ein Grund für das niedrige Rentenniveau ist die Belastung der Sozialkassen. Die Anzahl der Bezieher von Ruhestandsbezügen im Gesamtstaat lag im Jahr 2000 durchschnittlich bei über 453 Tsd. Zusammen mit den registrierten Arbeitslosen kamen auf 640 Tsd. Beschäftigte 873 Tsd. Arbeitslose und Rentner.

Die Situation der Bevölkerung in der RS wird zusätzlich durch die verspätete Auszahlung von Löhnen und Renten belastet. Am Jahresende war der Staat mit 60 Mio. KM Lohnzahlungen für Staatsbedienstete im Rückstand, was drei Monatslöhnen entspricht, sowie mit 28 Mio. KM Transferleistungen an Kriegsversehrte. Der Grund für diese Zahlungsrückstände waren unkontrollierte Mehrausgaben im Wahlkampf, die jedoch z.T. zu Lasten wirtschaftlich Benachteiligter gehen.

Staatshaushalt und Fiskalpolitik

Die Haushalte blieben im Gesamtstaat und in der Föderation im Rahmen der im Jahresverlauf überarbeiteten Ansätze. In der RS haben dagegen unkontrollierte Mehrausgaben im vierten Quartal zu einer bedeutenden erzwungenen Schuldenaufnahme bei der Bevölkerung geführt (s.o.). Zusätzlich wurden unterschiedslos Steuererleichterungen gewährt, die sich auf 14% der gesamten Steuereinnahmen summierten. Da jedoch die Aussetzung der Besteuerung erst im laufenden Haushaltsjahr wirksam wird, lagen die Haushaltseinnahmen sogar über den im Haushaltsentwurf projektierten. Anstelle eines mit dem IWF vereinbarten Haushaltsdefizits (vor ausländischen Finanzhilfen) von 3,9% des BIP ergab sich dennoch ein Defizit von 7,4%. Nach Finanzhilfen war ein Defizit von 1,5% vom BIP vereinbart, das sich schließlich auch wegen geringerer Finanzhilfen auf 5,5% erhöhte. Legt man die tatsächlichen Ausgaben und Einnahmen zugrunde, verringerte sich das Defizit nach Finanzhilfen jedoch auf 1% vom BIP, da Schulden in Höhe von 115 Mio. DM aufgehäuft wurden. Für das laufende Jahr wurde mit dem IWF ein Haushaltsdefizit von 3,2% vor Finanzhilfen und 2,1% nach Finanzhilfen vereinbart.

Der Vollzug des Haushalts des Gesamtstaates folgte dagegen dem Entwurf und war ausgeglichen. Geringere Einnahmen wurden durch Ausgabekürzungen kompensiert. Die Transferzahlungen von den beiden Entitäten erfolgten wie budgetiert, trotz der Zahlungsschwierigkeiten der RS. Der Haushalt der Föderation hat mit einem Defizit von 2,3% (vor ausländischen Finanzhilfen) geschlossen, nach Fi-

nanzhilfen ergab sich ein Defizit von 1,3%. Im laufenden Jahr wird ein Haushaltsdefizit von 1,7% vom BIP angestrebt, das ohne ausländische Haushalts-hilfen erreicht werden soll. Allerdings sind 125 Mio. KM an ausländischen Krediten vorgesehen. Die Ausgaben aus dem Haushalt für den Wiederaufbau des Landes werden um über 50% erhöht.

Da den Haushalten auf allen drei Ebenen eine inländische Kreditaufnahme untersagt ist und ausländische Hilfen nicht kontinuierlich fließen, bleibt in der Praxis keine andere Möglichkeit, als fällige Zahlungen zu verschieben. Die Schließung der Zahlungsbüros am 5.1.2001 und die Übertragung eines Teiles ihrer Funktionen auf Geschäftsbanken haben zu einer Verzögerung beim Eingang von Steuerzahlungen geführt. Dies dürfte am Jahresanfang wieder zur erzwungenen inländischen Schuldenaufnahme bei Staatsbediensteten, Rentnern und Beziehern von Transferleistungen geführt haben.

In der Föderation ist für das laufende Haushaltsjahr die Lohnsteuer von 10% auf 5% reduziert worden, um die Arbeitsaufnahme zu fördern. Die Einnahmeausfälle aus der Reduzierung der Lohnsteuer sollen durch Maßnahmen zur Forcierung anderer Einnahmen mehr als kompensiert werden. Insbesondere der Schmuggel von Zigaretten und Alkohol soll durch eine im Vorjahr gegründete Sondereinheit unterbunden werden.

Für das kommende Haushaltsjahr ist die Reform der Umsatzsteuer geplant. In beiden Entitäten soll ein Satz von 20% sowie ein ermäßigter Satz von 10% nur noch auf der Endstufe erhoben werden, um eine Kumulierung der Besteuerung zu vermeiden sowie den Anreiz zu vermindern, die Besteuerung zu umgehen. Auf mittlere Sicht ist die Einführung einer MWSt geplant.

Inflation und Geldpolitik

Die Kosten der Lebenshaltung lagen in der Föderation um 1,5% über dem Vorjahresdurchschnitt. Im Jahresverlauf waren die Preise für Lebensmittel rückläufig, während die Preise für Verkehr und Telekommunikation die höchsten Steigerungsraten aufwiesen. In der RS haben sich die Konsumentenpreise um 13,4% erhöht. Die Einzelhandelspreise haben sich im Gleichschritt mit den Kosten der Lebenshaltung entwickelt. In der Föderation lagen sie im Jahr 2000 um 1,5% über dem im Vorjahr realisierten Niveau. Mit Ausnahme der Preise für Agrargüter wurden die höchsten Preissteigerungsraten im vierten Quartal festgestellt. Industriell verarbeitete Lebensmittel und Getränke wurden im Vergleich zum Vorjahr billiger. In der RS hat sich das durchschnittliche Preisniveau um 13,6% erhöht. Auch hier wurden die höchsten Preissteigerungsraten im vierten Quartal festgestellt. Angeführt wurde hier die Preisentwicklung von landwirtschaftlichen Gütern und Dienstleistungen. Die Einzelhandelspreise sind im Dezembervergleich sowohl in der Föderation als auch in der

RS mit 4,0% bzw. 16,15% stärker als im Jahresdurchschnitt gestiegen. Im Gesamtstaat hat sich die Inflation von 3,5% auf 5,5% erhöht.

Die Inflationsdifferenziale zwischen den beiden Entitäten reflektieren die noch sehr unterschiedlichen Preisniveaus. Durch die höheren Preissteigerungsraten in der RS wird die Lücke zwischen den Preisen in den Entitäten kleiner. Die unterschiedlichen Preistrends sind somit ein klares Signal für die allmähliche Entstehung eines einheitlichen Wirtschaftsraums.

Die Möglichkeiten der Geldpolitik werden durch die Organisation der Zentralbank als Currency board eingeschränkt. Die Bindung der Währung Konvertible Marka (KM) an die DM im Verhältnis 1:1 hat jedoch der KM wirtschaftlich zum Durchbruch verholfen. Sie wird inzwischen zunehmend in allen Landesteilen akzeptiert.

Die Devisenbestände der Zentralbank sind um 20% auf rd. 500 Mio. USD gestiegen. Dies reflektiert ebenfalls das große Vertrauen in die Währung, da die Erhöhung der Devisenbestände v.a. auf Portfoliumschichtungen zurückzuführen ist. Die Geldmenge M2 hat sich um 16% erhöht. Die Kreditvergabe der Banken an den Privatsektor ist mit nur 7% schwächer gewachsen als das nominelle Sozialprodukt. Dies ist ein Hinweis auf die nach wie vor bestehenden Ineffizienzen im Bankensektor. Die Schließung der Zahlungsbüros am 5.1.2001 könnte sich aber auf die Fähigkeiten der Geschäftsbanken zur Kreditvergabe positiv auswirken. Überweisungen werden nun über das Bankensystem getätigt. Allerdings sind die erhobenen Gebühren für Überweisungen noch sehr hoch.

Außenwirtschaft

Die Erfassung der Handelsströme bereitet nach wie vor große Schwierigkeiten. Verschiedene Quellen kommen zu weit voneinander abweichenden Ergebnissen. Die statistischen Ämter der beiden Entitäten weisen für das Jahr 2000 Importe in Höhe von 6,5 Mrd. KM sowie Exporte über 2,2 Mrd. KM aus. Daraus ergibt sich ein Handelsdefizit insgesamt für Bosnien-Herzegowina in Höhe von 4,3 Mrd. KM oder umgerechnet 2,03 Mrd. USD. Auf die beiden Entitäten teilt sich der Außenhandel nach Angaben der statistischen Ämter wie folgt auf: Einfuhren der Föderation über 4,8 Mrd. KM standen Ausfuhren im Wert von 1,4 Mrd. KM gegenüber. Das Handelsbilanzdefizit erreichte 3,4 Mrd. KM oder 1,6 Mrd. USD. Damit konnten 29,5% der Importe durch eigene Exporte gedeckt werden. In der RS standen Einfuhren von 1,7 Mrd. KM Ausfuhren in Höhe von 0,8 Mrd. KM gegenüber. Das Handelsbilanzdefizit beträgt demnach nur 0,9 Mrd. KM oder 0,42 Mrd. USD. Das Importdeckungsverhältnis beträgt 48%.

Nach den Angaben der Zentralbank lagen in der Föderation die Importe bei 4,4 Mrd. KM bzw. 2,1

Mrd. USD und die Exporte bei 0,8 Mrd. KM bzw. 0,4 Mrd. USD. Sowohl Ein- wie Ausfuhren werden damit niedriger angegeben als vom statistischen Amt. Das Handelsbilanzdefizit fällt nach Angaben der Zentralbank um rd. 200 Mio. KM größer aus. Im Falle der RS sind die Angaben des statistischen Amtes und der Notenbank nahezu deckungsgleich.

Die Angaben der internationalen Finanzinstitutionen weisen dagegen weit geringere Handelsströme aus und kommen zudem zu einem niedrigeren Handelsbilanzdefizit von rd. 1,6 Mrd. USD.

Der bei weitem wichtigste Handelspartner der RS ist die BR Jugoslawien, auf die 23,5% der Importe und 39,6% der Exporte der RS in den ersten 9 Monaten entfallen. Aus Slowenien kommen 12,6% der Importe, gefolgt von Deutschland (7,3%) sowie Kroatien und Ungarn mit jeweils 6,9%. Der wichtigste Exportmarkt nach Jugoslawien ist Italien mit 26,4% vor der Schweiz, die mit 8% bereits weit abgeschlagen ist, und Deutschland mit 4,6%. Bei den Einfuhren wie bei den Ausfuhren dominieren insgesamt die Nachbarstaaten des zerfallenen Jugoslawien mit einem Anteil von 44,4% bzw. 47,6%.

In der Föderation stammte in den ersten 8 Monaten mit 38,6% der größte Teil der Importe aus der EU, gefolgt von Kroatien mit 17,8% und Slowenien mit 16,2%.

Im Handel mit Deutschland verzeichnete Bosnien-Herzegowina auch im Jahr 2000 ein Handelsbilanzdefizit. Deutschen Ausfuhren in Höhe von 698 Mio. DM standen Einfuhren über 220 Mio. DM gegenüber. Das Defizit erhöhte sich damit von 439 Mio. DM auf 468 Mio. DM, obwohl die bosnischen Ausfuhren mit 13,6% schneller gestiegen sind als die Einfuhren (10,6%).

Seit November 2000 genießt Bosnien-Herzegowina zollfreien Zutritt zu den Märkten in der EU, während Importe aus der EU weiterhin einer Zollbelastung unterliegen. Mit Kroatien wurde eine Vereinbarung über eine Senkung der Zölle getroffen. Im laufenden Jahr werden die Zölle um 30%, 2002 um 40% und 2003 um 60% reduziert. Ab 2004 werden keine Zölle mehr erhoben. Bosnische Waren genießen dagegen ab sofort zollfreien Zutritt zum kroatischen Markt. Ähnliche Abkommen sind mit der BR Jugoslawien, Slowenien und Mazedonien geplant. Der Beitritt zur WTO soll einen weiteren Meilenstein für den bosnischen Außenhandel darstellen. Die Vorbereitungen dazu wurden aufgenommen. In kurzer Frist ist wegen der engen Exportbasis aber nicht mit einer durchgreifenden Verbesserung der Handelsbilanz zu rechnen.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen, Privatisierung, Strukturwandel

Die Wahlen in beiden Entitäten im November 2000 haben zu einem Stillstand bei den Reformbemühungen in der Wahlkampfzeit und nach den Wahlen

geführt. Es bedurfte der Intervention des Hohen Repräsentanten, bis in beiden Entitäten Koalitionsregierungen gebildet wurden. Die Regierungsbildung dauerte in der RS bis Januar 2001 und in der Föderation sogar bis März. Im Gesamtstaat Bosnien-Herzegowina wurde im Februar eine neue Regierung gebildet. Die Regierungen haben sich bisher durchaus reformfreudig gezeigt, doch muss sich erst erweisen, ob die Koalitionsregierungen, die sämtlich auf die Unterstützung mehrerer Parteien angewiesen sind, stabil genug sind. Noch immer werden wichtige Reformmaßnahmen nur durch das Eingreifen des Hohen Repräsentanten in Angriff genommen.

Das Kernstück der strukturellen Reformen, die Privatisierung, ist in beiden Entitäten nach langen Verzögerungen angelaufen. In der RS hat die Voucher-Privatisierung im November 2000 begonnen und wurde am 15. März des laufenden Jahres beendet. Insgesamt wurden 49 Mio. Voucher ausgegeben. Den Bürgern und 13 Privatisierungs-Investment-Fonds (PIFs) wurden für Voucher 55% an 830 Staatsunternehmen angeboten. Von den ausgegebenen Vouchern wurden 84% genutzt, davon wurden 57% in PIFs investiert. Die genutzten Voucher wurden in 530 Unternehmen investiert. Insgesamt ging 70% des angebotenen Kapitals in private Hände über. Die restlichen 30% werden entweder in bar verkauft oder in Aktien umgewandelt, die dann an die Börse gebracht werden sollen. Eine Börse wird derzeit aufgebaut, bis zu ihrer Funktionsfähigkeit dürfte allerdings noch einige Zeit vergehen. Die Voucher-Privatisierung in der RS beeindruckt durch ihre Schnelligkeit. Das vorläufige Ergebnis wird freilich dadurch getrübt, dass trotz des hohen Anteils der PIFs es derzeit nicht so aussieht, als ob sich effiziente Eigentumsstrukturen herausbilden konnten. Bisher dürfte es Einzelnen oder Fonds kaum gelungen sein, sich einen größeren Anteil an einem Unternehmen zu sichern. Zudem wurde durch diese Privatisierungsmethode den Unternehmen bisher kein Kapital zugeführt, was auch in naher Zukunft nicht zu erwarten ist. Es kommt für den weiteren Verlauf der Privatisierung daher entscheidend darauf an, dass für die beim Staat verbliebenen Anteile an den Unternehmen schnell strategische Investoren gefunden werden. Die bisher durchgeführte Voucher-Privatisierung hat jedoch zu einer Festigung der Stellung der Insider geführt, was das Interesse strategischer Investoren stark dämpfen dürfte.

177 Großbetriebe werden auf dem Weg der Ausschreibung privatisiert. Davon wurden 52 strategische Unternehmen in der RS von der internationalen Beratungsgruppe für Privatisierung ausgewählt und mit ihrer Unterstützung ebenfalls im Ausschreibungsverfahren angeboten. Insbesondere für diese Firmen sollen strategische in- und ausländische Investoren gewonnen werden. Bis April wurden 8 erfolglose Ausschreibungen durchgeführt. Allerdings war bis dahin die Abteilung für den Verkauf von strategischen Unternehmen noch nicht voll arbeitsfähig.

In der Föderation begann die Privatisierung am 30. Oktober 2000. Hier kommt eine kompliziertere und zeitraubendere Methode zur Anwendung. Insgesamt werden 1029 mittlere und große Unternehmen über den Verkauf von Aktien privatisiert. Zusätzlich werden 298 große Unternehmen über Ausschreibungen angeboten. Die große Privatisierung umfaßt damit 1327 Betriebe. Von den 298 Großbetrieben werden 86 mit Unterstützung der internationalen Beratungsgruppe für Privatisierung zum Verkauf angeboten. Es wird erwartet, dass die Privatisierung der großen und mittleren Unternehmen bis zum Jahresende abgeschlossen ist.

542 Unternehmen werden direkt den Besitzern von Zertifikaten angeboten, die als Entschädigung für Ansprüche an den Staat ausgegeben wurden (eingefrorene Sparguthaben, Kriegsdienst etc.). Die erste Runde der ersten Welle der Privatisierung wurde Ende März beendet. Von den insgesamt 542 Unternehmen, die gegen Zertifikate angeboten wurden, sind 76 in private Hände überführt worden. Zertifikate im Gegenwert von 4,25 Mrd. DM wurden investiert, 1,2 Mrd. davon direkt und 3,05 Mrd. über PIFs. Unternehmen, die nicht in der ersten Runde privatisiert wurden, d.h. bei denen das Kaufangebot um 20% über oder unter dem ursprünglich festgelegten Verkaufspreis lag, werden in der zweiten Runde der ersten Welle nochmals angeboten, die am 16. April begonnen hat. In einer dritten Runde, die im Juni startet, werden die Unternehmen gegen die dann realisierten Gebote in jedem Fall abgegeben. Die Privatisierung nach dieser Methode muss

bis Jahresende abgeschlossen werden. Die verbleibenden 482 Unternehmen werden nach demselben Prinzip ab Juli angeboten.

Aus dem Verkauf der strategischen Unternehmen werden rd. zwei Drittel der gesamten Privatisierungserlöse erwartet. In diesem Segment kann auch Interesse von ausländischen Investoren erwartet werden, die vermutlich als einzige in der Lage sein werden, nach der Übernahme die erforderlichen Investitionen zu tätigen.

Die Privatisierung der Banken macht in der Föderation Fortschritte. Voraussichtlich sollen fünf Banken, die zur Gruppe Privredna Banka Sarajevo (PBS) gehören, bis zum Jahresende verkauft werden. Auf Interesse ist auch die Ausschreibung zweier Banken zum Verkauf im November 2000 und zweier weiterer Anfang 2001 gestoßen. In der RS konnte dagegen bisher nur eine Bank verkauft werden. Die Ausschreibungen blieben bisher meist ohne Resonanz. Sowohl in der Föderation als auch in der RS existieren noch immer zu viele kleine Banken, die nicht überlebensfähig sind. Die Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen dürfte dafür sorgen, dass ein Teil von ihnen vom Markt ausscheidet. Damit der Bankensektor seinen gesamtwirtschaftlichen Aufgaben gerecht werden kann, ist aber der Eintritt ausländischer Institute erforderlich. Der Verkauf von Banken an ausländische Investoren ist deshalb der richtige Weg.

WALTER GRUBER

Bosnien-HerzegowinaFläche: 51,2 km², Bevölkerung: 4,3 Mio.**Gesamtwirtschaftliche Indikatoren**

	Einheit	1996	1997	1998	1999	2000	2001*
Wirtschaftsleistung							
Nationaleinkommen	Mio. USD	2741	3423	3899	4418	4295	.
Zuwachs BIP	%	54	51,9	13,8	10,6	5	8
BIP pro Kopf in USD		752	938	1054	1132	999	.
Produktionsentwicklung							
Industrie	Index 1990=100	9	13	16	18	20	.
Arbeitsmarkt							
Beschäftigte	Tsd.						
Insgesamt		.	350	605	658	640	.
in der Wirtschaft	
außerhalb der Wirtschaft	
Arbeitslosenquote	%	50	65	43	39	39,6	.
Geldmengen- und Preisentwicklung							
Inflation							
Einzelhandelspreise	in%	10	15	4	3,5	5,5	5
Öffentliche Haushalte							
Budgetsaldo	% des BIP	-32	-30	-7	-5,9	-2,5	-2,5
Außenwirtschaft							
Export	Mio. USD	336	575	817	973	1037	.
Import	Mio. USD	1882	2333	2573	2388	3063	.
Saldo	Mio. USD	-1546	-1758	-1756	-1415	-2026	.
Deutsche Ausfuhr	Mio. DM	342	555	594	631	698	.
Deutsche Einfuhr	Mio. DM	46	122	180	192	220	.
Deutscher Handelssaldo	Mio. DM	296	433	414	439	478	.
Schuldenquote, brutto	% des BIP	132	119	72	68	59	55

* Vorläufige Werte bzw. Prognose. ¹Juni 2000; ²Föderation: Mai 2000;

Quelle: Staatsanstalt für Statistik, Sarajewo, Weltbank, IMF, Statistisches Bundesamt, Zentralbank, OHR, USAID, eigene Schätzung.